

Sie arbeiten in der Verwaltung, bei der Polizei oder der Post: „Den Beamten“ gibt es nicht. Aber alle haben ganz besondere Rechte und Pflichten. Was heißt es eigentlich, Beamter zu sein?

Beamte – treue Diener des Staates

Von Sabine Meuter

Bonn. Beamte in Bayern verdienen bundesweit am meisten, Berlin und das Saarland bezahlen sie dagegen am schlechtesten. Das besagt der neue Besoldungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Doch was bedeutet es, Beamter zu sein?

Wie viele Beamte gibt es? 1,67 Millionen Beamte arbeiten in Deutschland. Diese Zahl aus dem Jahr 2016 nennt das Statistische Bundesamt. Mit 1,27 Millionen Beamten arbeiten die meisten Staatsdiener bei den Ländern. Rund 186 000 Beamte sind bei den Kommunen tätig, 180 000 beim Bund und 31 000 Beamte in der Sozialversicherung. „In den Zahlen für Bund und Länder sind auch die insgesamt rund 30 000 Richter enthalten“, sagt Nils Kammerad, Bundesbeamtensekretär bei Verdi in Berlin. Weitere 100 000 Beamte verrichten ihren Dienst bei Post, Postbank und Telekom.

Wer gehört alles dazu? Beamter ist kein Beruf, sondern ein Berufsstatus, den man aufgrund von Qualifikation und teilweise nach einem Vorbereitungsdienst in der Verwaltung innehat. So gibt es je nach Ausbildung im öffentlichen Dienst verschiedene Berufe – bei Polizei und Feuerwehr, beim Zoll, an Schulen und Ministerien. Daneben existieren auch technische Berufe für Ingenieure, Meteorologen oder Seeleute.

Was unterscheidet Beamte von anderen Beschäftigten? Zum Beispiel die Bezahlung: Anders als bei Angestellten sind die Bezüge der Beamten kein Entgelt für geleistete Arbeiten. Vielmehr sind sie die Gegenleistung dafür, dass sie sich „mit ihrer ganzen Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung stellen und ihre Dienstpflichten nach Kräften und treu erfüllen“. Beamte werden für diesen Einsatz von den Arbeitgebern, ihrem Dienstherrn, alimentiert.

Was heißt das konkret? Finanzielle Sicherheit, komme fast, was wolle. Denn nach dem Alimentationsprinzip ist der Dienstherr verpflichtet, Beamten einen angemessenen Lebensstandard zu gewähren – auch bei Invalidität und im Alter. Mit der Besoldung soll sichergestellt werden, dass Beamte wirtschaftlich unabhängig sind und sich ihrem Beruf widmen können. Hinzu kommt die Alterssicherung. Im Krankheitsfall erhalten Beamte die sogenannte Bei-

hilfe. Damit sind sie nicht alimentiert, sondern Mitglied in der privaten Krankenkasse.

Was ist der Vorteil der Beamten? „Beamte sind unkündbar“, das gängige Vorurteil. Auf den Blick stimmt das tatsächlich. „Hauptvorteil ist sicher die Bindung an Lebenszeit und eine gesicherte Position“, sagt Cornelia Krüger von der Dienstgewerkschaft dbb beamtenbund.

Existiert die Unkündbarkeit tatsächlich? „Auch Beamte können aus dem Dienstverhältnis entlassen werden“, erklärt Krüger. Das ist etwa der Fall, wenn sie von einem Gericht zu einer Haftstrafe verurteilt werden. Bei Vorsatztaten muss diese mindestens ein Jahr lang sein, bei Straftaten gegen die innere und äußere Sicherheit sowie bei Bestechlichkeit reichen sechs Monate.

Welche Nachteile hat der Beamtenstatus? Der Dienstherr muss nicht mit einem Tarifpartner verhandeln, wenn es um die Bezüge der Beamten geht. Er ordnet an. Dadurch konnten nach Verdi-Angaben zum Beispiel in den 2000er-Jahren das Weihnachts- und das Urlaubsgeld für Beamte verringert oder abgeschafft werden. Auch wurden die Besoldungstabellen für den Dienstherrn günstiger gestaltet und die Arbeitszeit im Bund von 39 auf 41 Stunden heraufgesetzt.

Welche Voraussetzungen müssen Anwärter erfüllen? Die Beamtenlaufbahn steht grundsätzlich nicht nur deutschen Staatsbürgern offen. Auch Bürger anderer EU-Länder können in Deutschland in den Staatsdienst gehen, hinzu kommen Ausländer aus der Schweiz, Liechtenstein und Norwegen. Die Einstellung erfolgt, wie in anderen Berufen auch, nach dem Grundsatz der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. „Hinzu kommt noch ein

Auszug aus dem Bundeszentralregister“, sagt Cornelia Krüger.

Welche körperlichen Voraussetzungen sind gefordert? Vor der Verbeamtung müssen sich Anwärter von einem Arzt untersuchen lassen. Jemand gilt als gesundheitlich nicht geeignet, wenn nach der Untersuchung davon auszugehen ist, dass er oder sie noch vor dem Ruhestand dienstunfähig wird oder mit großer Wahrscheinlichkeit über Jahre hinweg mit regelmäßigen Krankheitszeiten zu rechnen ist. Hier kommt es auf die künftige Tätigkeit an.

Spielt Fitness auch eine Rolle? Oder das Körpergewicht? Das war einmal. Bis zum Jahr 2013 galt ein strengerer Maßstab für die Beurteilung der gesundheitlichen Eignung. Unter anderem galt die gesundheitliche Eignung damals als fraglich, wenn per Body-Mass-Index (BMI) starkes Unter- oder Übergewicht festgestellt wurde. Inzwischen ist das kein Kriterium mehr.

Werden heute noch junge Leute verbeamtet? Ja. Dem öffentlichen Dienst fehlen über 100 000 Fachkräfte – und mehr als 700 000 werden in den kommenden Jahren ausscheiden. „Insofern ist die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bedroht“, erklärt Cornelia Krüger. Deshalb hat der dbb bereits 2013 eine Werbekampagne gestartet, mit der er um Nachwuchs wirbt.